

# Ein Wahlergebnis und sieben Fragen

Stephan Eisel

Der Ausgang der Bundestagswahl vom 22. September weckte bei der Union gemischte Gefühle: einerseits die freudige, teils ungläubige, schon fast verflogene Überraschung über die reale Chance des Regierungswechsels nach dem Tief des Spendenskandals und schon nach einer Legislaturperiode aus der Opposition heraus, andererseits die sich immer tiefer eingrabende Enttäuschung, dass eben diese Chance scheinbar in letzter Minute entglitten ist, das Wahlziel 40+x deutlich verfehlt und vor allem das Ziel, stärkste Fraktion zu werden, verpasst wurde.

Alle Bewertungen der Wahl vom 22. September sollten im Licht der Knappheit des Wahlausgangs gesehen werden: Nur eine geringe Stimmenverschiebung hätte manches zur Begründung eines Erfolges gemacht, was jetzt als Ursache der Niederlage gilt. Schon deshalb verbietet sich für die Union eine radikale Kursänderung oder eine programmatische Kehrtwende.

Doch auch wenn sie die Wahlen knapp gewonnen hätte, müsste sich vor allem die CDU im Blick auf 2006 wichtigen strategischen Fragen stellen.

## Welcher Trend?

Das Ergebnis der Wahl 2002 ermöglicht die Einordnung des Wahlergebnisses von 1998 und zeigt, wo das damalige Ergebnis keine singuläre Niederlage war, sondern vielmehr einen Trend einzuleiten scheint. Die Union hat zum zweiten Mal die 40-Prozent-Marke klar verfehlt und ihren scheinbar natürlichen Anspruch auf die

Rolle als stärkste politische Kraft im Deutschen Bundestag eingebüßt. 1998 war also nicht – wie bisher erhofft – ein ebenso einmaliger „Ausrutscher“ wie 1972, als die SPD erstmals die Union im Bundestag überholt hatte.

Die CDU muss zudem die Stagnation ihrer Wählerzahl konstatieren. Sie hat 2002 mit 14,1 Millionen nur 160 000 Wählerstimmen mehr als 1998 erhalten (bei etwa 600 000 zusätzlichen Wahlberechtigten) und ihren geringen prozentualen Zuwachs (1,1 Prozent) lediglich der um drei Prozent gesunkenen Wahlbeteiligung zu verdanken. Demgegenüber gewann die CSU allein in Bayern fast eine Million Wähler hinzu. Bayern auch ist das einzige Bundesland, in dem die Wahlbeteiligung gegenüber 1998 gestiegen ist (plus 2,4 Prozent).

Der bundesweite Rückgang der Wahlbeteiligung um 3,1 Prozent (1,4 Millionen Stimmen) auf das Niveau von 1994 entspricht übrigens fast genau dem Wegfall von 2,6 Prozent (etwa 1,3 Millionen Stimmen) für 15 Parteien, die 2002 im Unterschied zu 1998 nicht mehr angetreten sind (vor allem DVU, Bund Freier Bürger und „Pro DM“). Von den sechs Parteien, die 2002 erstmals angetreten sind, ist lediglich die Schill-Partei mit 0,8 Prozent (400 000 Stimmen) erwähnenswert. Alle anderen erhielten bundesweit jeweils weniger als 10 000 Stimmen.

Bei den Splitterparteien, die sich 1998 und 2002 dem Wählervotum stellten, gab es teilweise beachtliche Verschiebungen: bei den Republikanern einen Verlust von

620 000 Stimmen (minus 1,2 Prozent!), bei der NPD hingegen einen Zuwachs um fast 90 000 Stimmen, die Grauen verloren etwa 40 000 Stimmen, die Tierschutzpartei gewann 25 000 Stimmen. Und für die Union angesichts des geringen Abstands zur SPD (etwa 6000 Stimmen) nicht unwichtig: Die wertkonservative ÖDP verlor mit 40 000 Stimmen die Hälfte ihres Bestands, aber die oft belächelte Partei Bibeltreuer Christen liegt mit einem Zugewinn von 30 000 Stimmen jetzt bei mehr als 100 000 Stimmen (0,2 Prozent).

Das Wahlergebnis zeigt für die Union insgesamt eine bedenkliche Tendenz der Verschiebung der politischen Nord-Süd-Grenze nach Süden. Dies wird im Vergleich des Wahlergebnisses 2002 zu 1994 deutlich. Dieser Vergleich ist deshalb besonders aufschlussreich, weil 2002 die dritte gesamtdeutsche Bundestagswahl unter den „normalen“ Umständen stattgefunden hat, die sicherlich für die erste gesamtdeutsche Wahl 1990 nicht gegolten haben. Die 1998er Verluste gegenüber 1994 konnten nur Bayern (plus 7,4 Prozent) und Baden-Württemberg (minus 0,5 Prozent) ausgleichen.

Obwohl alle neuen Bundesländer 2002 geringfügig hinzugewonnen haben, bleiben ihre Verluste gegenüber 1994 dramatisch: Sachsen minus 14,4 Prozent, Thüringen minus 11,6 Prozent, Sachsen-Anhalt minus 9,7 Prozent, Mecklenburg-Vorpommern minus 8,2 Prozent und – das sich schon in den Reigen der norddeutschen Länder einreihende – Brandenburg minus 5,8 Prozent. Insofern lag das im Rückblick trotz des damals knappen Wahlausgangs gute Unionsergebnis 1994 eher noch im Windschatten der Einheitswahl von 1990, während sich die Union offenbar mit der 2002 bestätigten Wahl von 1998 auf ihre tatsächliche Stärke in den neuen Bundesländern eingependelt hat.

Die norddeutschen Länder Niedersachsen, Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und der Sonderfall Berlin liegen

mit ihren Verlusten gegenüber 1994 zwischen 5,5 Prozent und 6,8 Prozent. Davon abgesetzt sind mit einer Abnahme von 2,2 Prozent bis 3,6 Prozent gegenüber 1994 das Saarland, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Rheinland-Pfalz.

Dabei lohnt ein besonderer Blick auf das bevölkerungsreichste Bundesland, in dem nach allgemeiner Meinung Bundestagswahlen verloren beziehungsweise gewonnen werden. Dort hat sich die Hoffnung nicht erfüllt, das hervorragende Abschneiden bei den Kommunalwahlen von 1999 hätte durch die Vielzahl neuer kommunaler Spitzenrepräsentanten aus den Reihen der Union eine besondere positive Wirkung auf das Bundestagswahlergebnis. Mit einem Stimmenplateau von 35,1 Prozent bei den Wahlen 2002 liegt Nordrhein-Westfalen deutlich näher bei seinem nördlichen Nachbarn Niedersachsen (34,5 Prozent) als seinen südlichen Nachbarn Hessen (37,1 Prozent) und Rheinland-Pfalz (40,2 Prozent). Das ist ein weiteres Indiz für die Südausweitung des für die Union politisch schwierigeren Nordens.

Es wäre zu kurz gegriffen, diese Entwicklung einfach auf die Bewerbung eines bayerischen Kanzlerkandidaten zurückzuführen. Natürlich hat beim hervorragenden Abschneiden der CSU ein beachtlicher Lokalpatriotismus im Blick auf Edmund Stoiber eine Rolle gespielt, und zwar in einem Ausmaß (plus 10,9 Prozent), das zum Beispiel den niedersächsischen „Heimvorteil“ des Kanzlerkandidaten Schröder (plus 8,1 Prozent) im Jahr 1998 deutlich übertrifft. Ohne Zweifel kam Edmund Stoiber im Süden besser an als im Norden oder Osten, aber bei der Bewertung seiner Kandidatur darf nicht vergessen werden, welchen bayerischen Stimmenzuwachs er in das gemeinsame Ergebnis eingebracht hat. Hätte eine andere Kandidatur wirklich im Norden und Osten so viel mehr erbracht, als in Bayern dann weniger gewonnen worden wäre?

Die Union muss sich davor hüten, sich durch den immer noch dominierenden Ost-West-Vergleich den Blick auf das angesichts der Bevölkerungszahlen viel ungünstigere Nord-Süd-Gefälle verstellen zu lassen. Im Blick auf künftige Wahlerfolge ist es jedenfalls entscheidend, dass die Union eine Strategie entwickelt, die der weiteren Verschiebung der politischen Nord-Süd-Grenze entgegenwirkt.

### Wie viel Themenprofil?

Weiterhelfen kann dabei eine ehrliche Analyse, warum die Union im Süden besser als im Norden abschneidet. Die oft zitierte für die Union günstigere Bevölkerungsstruktur ist sicher eine Ursache für das vergleichsweise hohe Stimmenplateau in Bayern und Baden-Württemberg, reicht aber als Erklärung für die Wahlerfolge nicht aus. Das zeigt schon ein Blick auf die in ganz Deutschland ähnlich strukturierten Großstädte über 300 000 Einwohner.

In allen süddeutschen Großstädten (München, Frankfurt, Stuttgart, Mannheim und Nürnberg) liegt die Union bei den Zweitstimmen bei deutlich über 30 Prozent, teilweise wie in Nürnberg und München(!) mit Abstand über 40 Prozent. Daran reichen mit um die 30 Prozent allenfalls noch Wuppertal und Dresden heran. Deutlich unter 30 Prozent liegen dagegen die Metropolen Berlin, Bremen, Hamburg, Köln, Essen, Duisburg, Dortmund und Hannover. Die durchweg besseren Ergebnisse in süddeutschen Großstädten zeigen, dass ein schärferes Themenprofil der Union auch außerhalb traditioneller ländlicher Wählerschichten eine Orientierung zu vermitteln scheint, die in den Städten durchaus als Modernität empfunden wird.

Hier deutet sich ein Spannungsverhältnis zur oft unhinterfragten Strategenweisheit an, man gewinne Wahlen (nur) in der Mitte. Aus dieser Annahme resultiert nicht selten eine gewisse Scheu vor der kla-

ren Benennung von Unterscheidungsthemen. Einmal abgesehen davon, dass sich der Standort der Mitte immer auch im Verhältnis zu den stärksten politischen Gegenpolen verortet, gilt: Je geringer politische Unterschiede wahrnehmbar sind, desto eher kommt das den jeweils Regierenden zugute, die ihr Handlungsmonopol im vermeintlichen Konsensbereich als wesentliches Unterscheidungskriterium voll ausspielen können. Außerdem: Je weniger die politischen Alternativen unterscheidbar sind, umso stärker degenerieren Wahlen von Richtungsentscheidungen zu Stimmungsbarometern.

Um einem Missverständnis vorzubeugen: Das Plädoyer für ein schärferes Themenprofil ist nicht gleichzusetzen mit dem Votum für die Verstärkung des konservativen Elementes in der Union. Das zeigt der Bereich Wirtschaftspolitik, in dem es der Union durchaus gelungen ist, der rot-grünen Politik ein klares Gegenkonzept gegenüberzustellen: Die Leitmelodie hieß: „Mittelstand vor Großunternehmen“ und passt nicht in das übliche Rechts-links-Schema. Die Unterscheidungsfelder Wirtschaft und Arbeit haben allerdings die Tendenz, einen eher pragmatisch-technokratischen Ansatz zu vermitteln. Das galt auch für die durchaus auf Zustimmung stoßende Ankündigung der Rücknahme falscher Entscheidungen der rot-grünen Regierung.

Wenn von Unterschieden zwischen politischen Richtungen auch emotionale Faszination ausgehen soll, dann müssen sie aber tiefer gehen als solcher handwerkliche Pragmatismus. Damit waren sowohl Willy Brandt („Mehr Demokratie wagen“) als auch Helmut Kohl („geistig-moralische Wende“) erfolgreich. Solche Gegenentwürfe zu Rot-Grün wurden im Wahlkampf 2002 nur zögerlich und eher auf Nachfrage präsentiert. Eine Grundmelodie der Union war außerhalb der Wirtschaftspolitik kaum zu hören. In den Bereichen Familienpolitik (fast aus-

schließliche Fixierung auf das sinnvolle, aber wiederum eher technische Familiengeldkonzept), Umweltpolitik (Klimakatastrophe und Verhältnis zur Kernkraft) oder Bioethik („Wir ringen um unsere Position“) blieben die Positionen eher defensiv und merkwürdig vage.

Mit dem „C“ im Parteinamen erhebt die Union aber de facto einen Führungsanspruch in Wertefragen, den sie auch in einer über Tagespragmatismus hinausgehenden Eindeutigkeit einlösen muss. Für ihren Erfolg wird entscheidend sein, inwieweit sie in einer zunehmend säkularen Gesellschaft des „Anything goes“ dem Zeitgeist mit der Bekenntnisfreudigkeit eigener Werteklarheit entgegentritt, um ihn so zu bändigen. Gefragt ist also ein dezidiert christdemokratisches Profil.

### Wie viel Meinungsmut?

In diesen Zusammenhang gehört auch die Mutlosigkeit, mit der die Union im Wahlkampf zunächst auf die Irak-Frage reagiert hat. Man muss sich zu Recht über die Skrupellosigkeit erregen, mit der Schröder die Kriegsangst im Wahlkampf instrumentalisiert und wie rücksichtslos er antiamerikanische Gefühle mobilisiert hat. Der erste Impuls der Union war aber fast eine gelähmte Hilflosigkeit, die die Menschen als Orientierungslosigkeit empfanden, die auch die dann folgenden Aussagen als eher wahltaktisch begründet wirken ließ. Nur zögerlich wurde dem Schröderschen „Krieg oder Frieden“ ein „UNO oder Schröder“ entgegengesetzt.

So bestimmte Schröder das Tempo, legte sich klar auf einen – in der Sache unverantwortlichen – Kurs fest, während einige Tage Irritationen über die außenpolitische Klarheit der Union entstanden. Besonders unglücklich war dabei der Hinweis, die UNO werde Deutschland wegen mangelnder Interventionsfähigkeit der Bundeswehr gar

nicht um Mitwirkung bitten. Die Menschen wollen nicht am vermeintlichen Glück von Politikern teilhaben, dass ihnen schwierige Fragen erspart bleiben, sondern die Antwort der Politik auch auf solche Fragen wissen. Je zaghafter die Antworten auf unbequeme Fragen ausfallen und je mehr man ihnen ausweichen will, umso mehr entsteht der Eindruck inhaltlicher Unklarheit, die wiederum beim Wähler mehr Misstrauen weckt als die Wahrheit einer von ihm nicht geteilten Haltung.

Weil sich außenpolitische Standfestigkeit seit Jahrzehnten zu einem zentralen Symbol der politischen Glaubwürdigkeit der Union entwickelt hatte, wirkten die Irritationen auch weit über dieses Thema hinaus. Die Unsicherheit bei einem Kernthema schien auch andere Aussagen der Union zu relativieren.

Es entstand – wohl nicht ganz zu Unrecht – der Eindruck, die Zögerlichkeit der Union erkläre sich durch einen demoskopischen Befund, der Schröder Recht zu geben schien. Doch demoskopische Momentaufnahmen zu kennen darf nicht heißen, sich von Meinungsumfragen bestimmen zu lassen. Das inzwischen schon klassische Beispiel des Wahlsieges 1983 trotz der vom Großteil der Bevölkerung abgelehnten Haltung der Union zum NATO-Doppelbeschluss zeigt, dass Meinungsmut Wahlerfolge keineswegs erschweren muss.

Als die Union ihren Kurs in der Irak-Frage offensiver klarmachte, hatte das auch Wirkung auf das demoskopische Ergebnis: Es zeigte sich, dass nur zirka 30 Prozent gegen jede deutsche Beteiligung an einer militärischen Intervention im Irak waren und gut 60 Prozent dafür, dass Deutschland bei militärischen UNO-Einsätzen mitmachen solle. Der Mut, in schwierigen Situationen einen klaren politischen Führungsanspruch anzumelden, ist die Voraussetzung dafür, das Vertrauen der Wähler zu gewinnen.

Dies gilt auch für die Klarheit eigener Reformkonzepte. In dieser Frage zeigt sich, dass es in der Union keinen wirklichen Konsens über die Ursachen der Niederlage von 1998 gibt. Allzu schnell wurde die Auffassung zum Allgemeingut, wichtigstes Motiv der Wähler sei gewesen, Helmut Kohl abzuwählen („16 Jahre sind genug“). Da die Union 2002 nur die Hälfte des dramatischen Verlustes von 1998 (minus 6,3 Prozent) aufholen konnte, hat aber die Wahl Niederlage 1998 offenbar auch andere Ursachen, die noch fortwirken.

### Wie viel Reformeifer?

Nicht wirklich ausdiskutiert ist dabei die Frage, ob die Union 1998 wegen zu weit gehender oder zu zaghafter Reformen abgewählt worden ist. Unausgesprochen ging die Kampagne 2002 davon aus, 1998 sei manche Reform zu radikal gewesen. So erklärt sich, dass ein Teil der 98er Beschlüsse (wie etwa Lohnfortzahlung im Krankheitsfall) im Wahlprogramm 2002 nicht mehr enthalten war und zum Beispiel die Konzepte zur Gesundheitsreform immer zurückhaltender formuliert wurden.

Dem immer offeneren, teilweise durchaus gesellschaftsverändernden Reformanspruch von Rot-Grün (Einwanderung, gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften, Ausstieg aus der Kernenergie, Ökosteuer, Ehegattensplitting und so weiter) stellte die Union im Wahlkampf 2002 mehr die Ablehnung als einen eigenen Entwurf entgegen. Zu sehr stellte sich der Eindruck ein, man wolle durch Aufhebung rot-grüner Entscheidungen zum Stand der eigenen Regierungszeit bis 1998 zurückkehren. Schon 1983 hatte die Union den Regierungswechsel aber nur mit damals sehr weit gehenden, innerparteilich durchaus kontroversen, aber die Fantasie beflügelnden Reformkonzepten geschafft – zum Beispiel dem Erziehungsgeld und -urlaub, der Einführung des Ka-

talysators und bleifreien Benzins oder der Beendigung des öffentlich-rechtlichen Rundfunkmonopols. Für 2006 muss die Union ihre zukunftsgerichteten Reformvorstellungen schärfen und in einem Zukunftskonzept zusammenführen.

### Welche Themenbreite?

Ein solches Zukunftskonzept kann nicht nur auf einer Themensäule ruhen. Grundlage der Unionskampagne 2002 war die Analyse, dass das Thema Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsentwicklung wahlentscheidend sein wird. Darauf basierte die Strategie des *Ceterum censeo* „Arbeitslosigkeit – Versprochen – Gebrochen“ („It’s the economy, stupid“). Dieser Ansatz war im Wahljahr lange erfolgreich, brachte der Union einen Vorsprung vor der SPD und trieb Schröder zu Verzweiflungsaktivitäten wie der Hartz-Kommission.

Aber die Ein-Thema-Strategie wirkte auch ambivalent, weil sie zwei Schwächen hatte: Erstens führte sie beim Publikum zu zunehmender Ermüdung und wurde immer mehr als einfalllose Langweiligkeit empfunden. Zweitens stellte sich eine gewisse Schwerfälligkeit in der Themenflexibilität ein. Je erfolgreicher das *Ceterum censeo* war, umso weniger war man auf neue Themen vorbereitet. Dies wurde bei den langen Reaktionszeiten auf unvorhergesehene Themen wie die Flutkatastrophe (Umwelt!) und die Irak-Frage (Außenpolitik) deutlich.

Auch die zunächst vorbildlich präsentierte, im Kompetenzteam angelegte Themenvielfalt kam nicht wirklich zur Geltung. Die Mitglieder des Kompetenzteams übernahmen eine Art Ausputzerfunktion und setzten kaum eigene Akzente als Stürmer. Die Fixierung auf ein Wahlkampfthema bot dafür auch kaum Raum.

Diese Ein-Thema-Strategie bekam außerdem eine zusätzliche Dynamik durch die Zuspitzung des Wahlkampfes auf den Kanzler und seinen Herausforderer. Dies lag nicht unbedingt in der Ab-

sicht der Union: Stoiber präsentierte sich im Unterschied zu Schröder immer als Mannschaftsspieler, im Tandem mit Angela Merkel und als *Primus inter pares* im Kompetenzteam. Aber die Dynamik der Medienberichterstattung fand ihren eigenen, eigentlich nicht überraschenden Weg der Personalisierung.

Befördert wurde dies durch die TV-Duelle, die Stoiber selbst vorgeschlagen hatte. Diese Duelle erhielten ein so nicht vorhersehbares Gewicht, weil sie zum einen von den Fernsehanstalten zur gigantischen Selbstinszenierung genutzt wurden und zum anderen durch die hochmanipulativen, scheinrepräsentativen Direktbewertungen unmittelbar nach, ja fast während der Sendungen dem Zuschauer den jeweiligen Gewinner praktisch vorgaben. Ähnlich wie bei der Vereinbarung, Meinungsumfragen unmittelbar vor der Wahl nicht mehr zu veröffentlichen, sollte man sich unbedingt darauf verständigen, solche scheinobjektiven Umfragen unmittelbar nach diesen TV-Duellen zu unterlassen.

Für künftige Wahlkämpfe wird sich die Union auf die unvermeidbare Personalisierung der Kanzlerfrage besser einrichten müssen. Auch das spricht gegen einen Ein-Thema-Wahlkampf, der es dem Kanzlerkandidaten erschwert, sich mit dem umfassenden Politikanspruch darzustellen, wie ihn der jeweilige Kanzler qua Amt repräsentiert.

### Welches Lebensgefühl?

Die eingebürgerten Wahlanalysen legen immer wieder statistische Kriterien wie Alter, Geschlecht, Bildungsgrad, Berufsstatus oder Stadt-Land-Verortung zu Grunde. Es stellt sich aber die Frage, ob diese Betrachtungsweise noch der Realität unserer Gesellschaft entspricht. Haben sich nicht inzwischen Lebensstile und -gefühle über die Statusfrage geschoben?

Die wachsende Scheidungsrate und die Erfahrungen der allein Erziehenden

richten sich nicht nach Bildungsgrad oder beruflichem Status. Umweltbewusstsein macht sich kaum an Alter und Geschlecht fest. Religiöse Bindungen und Säkularisierungstendenzen sind ebenso wenig vornehmlich soziologischen Gruppen zuzuordnen. In der Internetwelt, deren Einfluss auf Verhaltensveränderungen nicht unterschätzt werden sollte, spielen Alter oder Wohnort kaum eine Rolle. Die politische Arbeit ist aber in ihren Strukturen auf diese Identifikationen durch Lebensgefühle kaum eingestellt. Man betrachte beispielsweise die Selbstdefinition von Parteivereinigungen oder der fast örtlich territorial bezogenen Parteigliederungen.

Ein Teil des Erfolges der Grünen beruht darauf, dass sie als Gesamtpartei ein(!) bestimmtes Milieu adressierten und an sich banden. Die Union als Volkspartei freilich muss unterschiedliche Milieus durch ein verbindendes Lebensgefühl ansprechen. Es ist zum Beispiel zwar notwendig, aber nicht ausreichend, dass sich auch allein Erziehende und Geschiedene, die übrigens meist eine Wiederverheiratung anstreben, in der Union angenommen fühlen. Sie wollen auch eine Leitidee, die sie zum Beispiel mit Ehepaaren mit Kindern in einer politischen Organisation verbindet. Der CSU ist dies in Bayern mit einer über das Landsmannschaftliche hinausgehenden, eher programmatisch als territorial definierten bayerischen Identität gelungen.

Ein solcher Weg bedeutet zumindest die Ergänzung traditioneller Klientelpolitik (für Alte, Junge, Ärzte, Landwirte und so weiter) durch eine neue Strategie der Ansprache von Bürgern. Aber in welchen Milieus kann und will die CDU sich heimisch machen, und welches verbindende Leitmotiv kann sie bieten? Traditionell ist die Heimat der Union zum Beispiel das Vereinswesen, aber dieses verliert zunehmend seine strukturierte Form, und das Ehrenamt ist längst auf parteipolitischer Wanderschaft. Auch in heimischen Gefilden wie den Kirchen ist immer weniger

Union – und zwar von beiden Seiten, wie Kardinal Meisner in der ihm eigenen Weise regelmäßig deutlich macht.

Die Chance der Union, ein ganz unterschiedliche Bevölkerungsgruppen verbindendes Lebensgefühl anzusprechen, besteht wohl am ehesten in der Idee der Bürgergesellschaft, dem Leitmotiv des „Starker Bürger – Starker Staat“. Das heißt, der Staat zieht sich zurück und überlässt dem Bürger mehr Raum ohne staatliche Reglementierung. Programmatisch hat die Union diesen Weg längst eingeschlagen, aber praktisch hat sie ihn in Wahrheit noch nicht beschrritten. Die Bürger erleben noch nicht, dass dort, wo die Union in den Kommunen regiert, weniger Staat ist.

### Wie viel Lagertreue?

Ein eher weniger beachtetes Ergebnis der Bundestagswahlen deutet auf tief greifende und langfristige Folgen für Mehrheitsbildungen in Deutschland hin. Es geht um die Veränderung im Stimmen-splitting bei FDP und Grünen. Davon hat 1998 noch über die Hälfte (51,8 Prozent) der FDP-Wähler Gebrauch gemacht, aber nur ein knappes Viertel der Wähler der Grünen (24,9 Prozent). Dies hat sich 2002 fundamental verändert. Nur noch deutlich weniger als ein Viertel der FDP-Wähler (22,3 Prozent) haben ihre Erststimme den Kandidaten einer anderen Partei gegeben, aber mehr als ein Drittel der Grünen-Wähler (34,5 Prozent). Der SPD verhalf dies unter anderem zu ihren Überhangmandaten.

Vor allem aber zeigt sich in diesem Wählerverhalten, das auch Ausfluss der getroffenen beziehungsweise verweigeren Koalitionsaussage ist, eine unterschiedliche Lagerkonsistenz zwischen Rot-Grün und Schwarz-Gelb. Die Grünen sind zurzeit weit fester an die SPD gebunden als die FDP an die Union. Dies gibt der SPD die Möglichkeit unterschiedlicher Koalitionsoptionen zwischen den

Grünen, der FDP beziehungsweise der PDS und insofern eine strategische Mehrheit.

Die Union muss auf diese Entwicklung reagieren, will sie nicht völlig abhängig von den Launen der FDP werden. Es bietet sich der Versuch an, die Bindung der Grünen an die SPD zu lockern, um sich so aus der babylonischen Gefangenschaft mit der FDP zu lösen und selbst strategische Optionen zur Mehrheitsbildung zu gewinnen. Dieses Interesse trifft sich mit einem ähnlichen Interesse der Grünen, denen eine wirkliche Partner-„Wahl“ ebenfalls verwehrt bleibt, solange sie sich ausschließlich auf die SPD fixieren.

Der Zeitpunkt für solche Debatten scheint immer ungeeignet, weil immer Wahlen anstehen, in denen zurzeit andere Koalitionspräferenzen gelten. Auch geht die Union an schwarz-grüne Überlegungen für die Nach-Trittin-Zeit mit wenig Selbstbewusstsein heran, weil sie darin die Gefahr sieht, von eigenen Grundsätzen abrücken zu müssen. Tatsächlich aber haben sich die Grünen programmatisch der Union längst mehr angenähert, als ihre Koalitionstreue zur SPD vermuten lässt (vergleiche dazu Stephan Eisel, Über den Tag hinaus: Schwarz-Grün, *Die Politische Meinung* 383, Oktober 2001).

Bisher sind schwarz-grüne Bündnisse auf kommunaler Ebene eher zufällig und meist in gemeinsamer Abneigung gegen eine verkrustete SPD-Struktur vor Ort zu Stande gekommen. Es ist an der Zeit, ohne Anbieterung die programmatischen Übereinstimmungen und Unterschiede zu diskutieren. Ein nur auf den ersten Blick ungewöhnlicher Schritt auf dem Weg dahin wäre es, wenn die Union einmal vor Wahlen statt einer Fixierung auf die FDP ihrerseits die Koalitionsaussage offen lassen würde. Das so signalisierte Selbstvertrauen in die Ausstrahlungskraft des eigenen Standpunktes dürfte die Anziehungskraft auf Wähler und politische Bündnispartner erhöhen.